

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 53. Für unvorzählige eingekaufte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Regelungsgelder für den...  
Kommunale...  
Kommunale...  
Kommunale...

Nr. 82

Mittwoch, den 9. April 1919

14. Jahrgang

### Das Neueste vom Tage.

Im Bugar, Delsniger Kohlenrevier sind die Belegschaften ausständig; man meldet bereits ein Uebergreifen der Ausstandsbebewegung auf das Zwitauer Revier.

Der Uebergang der Freiwilligenverbände zur Reichswehr steht, wie mitgeteilt wird, unmittelbar bevor.

Die Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushaltplan belaufen sich auf 18 858 495 114 Mark. 678 800 000 Mark sollen im Wege der Anleihe beschafft werden. Schanweisungen sollen bis zu einem Betrage von 6000 Millionen ausgegeben werden.

Die Abfahrt des Dampfers des Präsidenten Wilson, George Washington, nach West, die am 15. April erfolgen sollte, ist nunmehr auf den 11. April festgesetzt.

Saint Germain de Paris wurde Genf endgültig zum Sitz des Völkerbundes bestimmt.

### Zukunftsstaat.

W. F. G. Es ist merkwürdig, wie dumm die Menschen in ihrer Gesamtheit waren und die Verfechter der freien Wirtschaft heute noch sind. Und es ist höchst merkwürdig — nach Dr. Neurath, Kranold, Schumann und Prof. Ballod (Mitglieder der Sozialforschungs-Kommission) — daß auch der überwiegende Teil der Sozialisten noch nicht klüger geworden ist. Da steht schon in der Bibel: Das Leben des Menschen währet sechzig Jahre und wenn es hoch kommt, siebenzig Jahre und wenn es köstlich war, so war es Arbeit und Mühe. Arbeit und Mühe das ganze Leben lang! Seit Jahrtausenden arbeiten und müht sich die Menschheit und das Maß der Arbeit ist nicht geringer, sondern wohl größer geworden. Die Anspannung des einzelnen ist gewachsen, wenn auch in steigendem Maße die rohe Kraftanspannung durch Selbstarbeit ersetzt wurde.

Und nun kommt Ballod, rechnet aus, daß im sozialistischen Staat jeder Mensch nur 5 Jahre (vom 18-23 bzw. vom 17-22 Jahre) zu arbeiten braucht, um in den Besitz einer lebenslänglichen Rente zu kommen, ohne daß die Menge der Wirtschaftsprодукte unseres Gesamtvolkes geringer würde! Dabei handelt es sich bei dieser Rechnung nicht um eine neue Entdeckung, sondern die Gedankengänge dieser Wirtschaftstheoretiker sind uralt. Statt aber von ihnen Gebrauch zu machen, haben die Menschen durch Jahrhunderte tagaus, tagein, ihr Leben lang weiter gearbeitet und gerade die Kleinen Handwerker und Kleinen und Großen Unternehmer jeder Art wie auch ein ganz großer Teil der Arbeiterschaft und besonders sämtliche Bauern sträubten sich mit Händen und Füßen gegen diese Volksbeuläcker und wollten das arbeitsvolle Leben nicht gegen das arbeitslose vertauschen. Da drängt sich nun die Frage auf — und sie sollte sich diesen Volksführern selbst besonders peinlich aufdrängen —: Ist das ganze Volk verrückt oder sind wir selbst nicht ganz Durcheinander?

Nun, für uns besteht kein Zweifel, daß sie mit ihrem Zukunftsstaat verrückt sind. Aber es läßt sich auch rechnerisch nachweisen, daß der arbeitslose Zukunftsstaat eben nur auf Rechenfehlern beruhen kann. Eine Rechnung von Ballod, über den Hausbrand, der durch Gas ersetzt werden soll, ist von einem Fachmann nachgeprüft worden. Ballod hatte da nur eine Kleinigkeit vergessen (von technischen Voraussetzungen zu schweigen) — die Ausleitungen des Gases von den Zentralen. Statt der von Ballod angeforderten 3 Milliarden Anlagelosten errechnet der Fachmann über 27 Milliarden. Das heißt: das Neunkfache. Wenn wir nach Ballodscher Rechenmethode verallgemeinern, dann müssen wir sagen, die anderen Rechnungen Ballods sind vorsichtshalber wohl auch mit 9 zu multiplizieren. Also auch seine Grundlages: die ständige Arbeitslosigkeit. Auch im ballodischen Zukunftsstaat ohne Rechenfehler wird der Mensch also 45 Jahre zu arbeiten haben. Ohne aber so frei zu sein, wie es es jetzt ist. Nein, diese Seite der Sozialisierung ist Schwindel oder Rechenfehler. Verloren ist dieser Zukunftsstaat auch nur für Arbeitslose und Müßiggänger. Wie aber steht es mit Ballod, Neurath und Genossen selbst? Wir vermuten, daß sie sich überarbeitet haben, daß sie aber ihrer Gelehtenarbeit nicht die Zeit gefunden haben, einen Blick ins wirkliche Leben zu werfen. Wir

plädieren daher für Aufhebung eines Ruhegehaltes für all diese Herren, damit sie das Versäumte nachholen und ihre gestörten Denkfunktionen wieder in Ordnung bringen können.

### Zwei Regierungen in Bayern.

Die Lage in Bayern ist verwickelter denn je. Die Proklamierung der Räterepublik in München hat durchaus keine einfachen und klaren Tatsachen geschaffen. Die bisherige mehrheitssozialistische Regierung, an deren Spitze der Ministerpräsident Hoffmann steht, trat nicht zurück, sondern verlegte die Residenz nach Bamberg. Drehpunkt der Entwicklung ist aber Nürnberg, das von jeher die Hochburg der bayerischen Mehrheitssozialisten war. Hoffmann und seine Ministerkollegen bewahren über ihre nächsten Pläne undurchdringliches Schweigen, es wird versichert, daß sie über genügend starke Truppen verfügen, um eine erfolgreiche Gegenaktion zu unternehmen. Nachstehend die neuesten Meinungen:

#### Die süddeutschen Staaten erkennen die Räterepublik nicht an.

Eine von dem württembergischen Staatspräsidenten Blos, dem badischen Ministerpräsidenten Geiß und dem hessischen Ministerpräsidenten Ulrich veröffentlichte Erklärung besagt: Die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen sehen das Ministerium Hoffmann nach wie vor als die alleinige rechtmäßige Regierung des Volksstaates Bayern an.

Die französischen Bezirke haben gegen den Aufruf der Räterepublik einen Protest veröffentlicht mit einem Hinweis auf das Ausbleiben jeder Ernährungsbeihilfe für ein bolschewistisches Bayern. Diese Wendung ist darauf zurückzuführen, daß der Vertreter der amerikanischen Lebensmittellieferung es ausdrücklich abgelehnt hat, Lebensmittel nach einem bolschewistischen Bayern zu liefern.

#### Die drohende Abschneidung der Lebensmittel.

Das Verl. Tageblatt meldet aus München, daß auf den Straßen offen und laut zum Bürgerkrieg aufgefordert wird. Die Diste der neuen Volksbeauftragten soll teilweise ihre Gültigkeit verloren haben. Professor Jaffe erklärte dem Korrespondenten des Tageblattes, er könne die Wahl nicht annehmen. Auch der Bauernführer Steiner dürfte ablehnen. Weiter meldet der Korrespondent, daß die Gefahr einer Abschneidung von Lebensmitteln, überdies von Kohlen aus dem preussischen Norden überaus groß sei.

#### Die Regierung zieht Truppen zusammen.

Im Bereich des 2. Armee-Korps werden Truppen der Regierung zusammengestellt, deren Bestimmung noch unbekannt ist. Die Eisenbahnlinien von Nürnberg nach auswärts sind seit Montag auf weite Strecken von Regierungstruppen besetzt.

Der Soldatenrat des 2. bayerischen Armee-Korps beschloß die militärische Unterstützung des Ministeriums Hoffmann gegen die Münchner Räterepublik. Nach Meldungen aus München haben die Räte in München über 80 politische Persönlichkeiten als Gefangen festgenommen.

#### Radikalisierung im Automobiltempo.

In fast allen größeren Orten Niederbayerns und der Oberpfalz sind Abgänger der Münchner Räteregierung in Kraftwagen erschienen und haben ohne weiteres Befragen der Bevölkerung mit den an den Orten anwesenden wenigen Kommunisten die Räterepublik proklamiert, den Belagerungszustand verkündet und Revolutionsgerichte eingesetzt. Die Garnisonen in Niederbayern verhalten sich passiv.

#### Die Räteregierung noch nicht radikal genug.

Die gestern mittag erschienene Rote Fahne, das Organ der Münchner Kommunisten, wendet sich in einem Aufruf an die Arbeiter scharf gegen die jetzige Räteregierung. Sie erkennt den jetzt bestehenden revolutionären Staat in keiner Weise als eine Vertretung der arbeitenden Klassen an.

#### Die Sozialisierung der Presse.

Die Münchner Zeitungen sind unter Vorgensur gestellt. Es ist beabsichtigt, die Sozialisierung der Presse so zu beschleunigen, daß sie in der Hauptsache noch im Laufe dieser Woche als vollendet gelten kann. Über die Formen dieser Sozialisierung ist bis jetzt nichts bekannt geworden.

### Die Leipziger Vorgänge in der Sächsischen Volkskammer.

Dresden, 8. April.

Den Gegenstand der Tagesordnung bilden dies Interpellationen über die jüngsten Vorgänge in Leipzig. Der Inhalt der Interpellationen ist zum Teil schon verallt, zum Teil durch Maßnahmen der Regierung erledigt. Abg. Frau Geber (Unabh.) begründet die Interpellation wegen

#### Unterbindung des Eisenbahnverkehrs nach Leipzig durch die Eisenbahndirektion.

Die Interpellanten verlangten, daß der Leipziger Oberbürgermeister zur Rechenschaft gezogen werde. Auch die Eisenbahndirektion und besonders Abgeordneter Dietrich mühten energisch zur Verantwortung gezogen werden. Abg. Dr. Menke, Glädert (Dem.) begründet seine Interpellationen über Schutz des Universitäts Leipziger gegen die fortwährenden belästigenden Eingriffe des Leipziger Arbeiters- und Soldatenrats und wegen Sicherung des Koalitionsrechts der Beamten in Leipzig. Der Oberbürgermeister habe pflichtgemäß gehandelt. Der Minister Schwarz, den man nach Leipzig zu Verhandlungen gesandt habe, habe sich nicht als Diplomat benahmt. Und welches Deutsch hat der Minister Schwarz in seinen Ansprüchen und Erlassen gebraucht! Wir sind in unseren Ansprüchen an die Bildung eines Ministers seit dem Novembertag sehr bescheiden gewesen. (Ganganhaltender großer Lärm und erregte Zurufe von den Unabhängigen und Mehrheitssozialisten: Freiheit! Gemeinheit! Schämten Sie sich! Putz! Kerl! Herunter! Hinaus! Präsident Friedrichs darf kein Redner zur Ordnung, beschließen den Abg. Dietrich wegen eines Zwischenrufes.) Redner bittet die Regierung, endlich das Schwanken aufzugeben und energisch zu handeln. Abg. Probst (D.N.) begründet danach die Interpellation seiner Partei über die Wahl eines fünfköpfigen Präsidiums des Arbeiters- und Soldatenrats in Leipzig zur Bekämpfung der Errungenschaften der Revolution. Was gedenke die Regierung zu tun, um das Selbstverwaltungsrecht der Stadt Leipzig gegen die Uebergriffe des A. und S.-Rates zu schützen? Die Bürgerkammer werde nicht stillschweigend dulden, daß auf ihrem Rücken der Kampf gegen die Regierung ausgefochten werde. Wir wollen keine Räterepublik Leipzig, kein Jauchebingtum mit Herrn Geber an der Spitze.

#### Minister des Innern Wählig:

Die Regierung ist sich ihrer Verantwortung durchaus bewußt und wird sich daher bei der Anwendung von Gewaltmaßnahmen die größte Zurückhaltung auferlegen. Die Verteilung von Waffen in Leipzig kann die Regierung nicht billigen und muß resolute Rücklieferung fordern. Die Regierung ist entschlossen, die Bevölkerung gegen jeden Terror zu schützen. Die Verbungen, die in dem Betrieb der Unterstadt Leipzig hervorgerufen worden sind, bedauern die Regierung und wird alles tun, um die Lehrfreiheit der Universität zu schützen. (Bravo.) Zu keiner Zeit hat die Generaldirektion der Eisenbahn die Strecke nach Leipzig unfahrbar machen lassen, um die Zufuhr von Weizen und anderen Lebensmitteln zu verhindern. Was die Errichtung eines fünfköpfigen Präsidiums in Leipzig betrifft, so muß man abwarten, wie sich Theorie und Praxis zueinander verhalten. Die Regierung wird aber dann mit aller Schärfe eingreifen, wenn es sich gegen die verfassungsmäßige Gewalt richten sollte. Der Redner wendet sich dann zur Interpellation wegen der Sicherung des Koalitionsrechts der Beamten. Die Beamten haben gewiß das Koalitionsrecht, dürfen aber vom Streik nur als vom äußersten Mittel Gebrauch machen.

#### Minister für Militärwesen Mauring

Befähigt die Angaben des Ministers des Innern über die Waffenverteilung und -rückgabe. Auch die Sicherheitsstruppen erhielten keine Kartiermunition. Die Gewalt befindet sich fest in der Hand der gegenwärtigen Regierung.

#### Wirtschaftsminister Schwarz

berichtet über seine Leipziger Verhandlungen. Leipzig habe damals den Eindruck einer friedlichen Stadt gemacht. Von 40 000 verteilten Gewehren habe es nie gesprochen. Schließlich wendet sich der Minister gegen die Kritik Dr. Menke, Gläderts an den Verfassungen der Regierung.

Die Kammer beschließt die Besprechung der Interpellationen, worauf das Wort ergreift die Abg. Frau Geber.

Prin. Helios...  
gestr. 1...  
in der...  
Prosp. 1...  
nto usw...  
ausst. 1...  
Schulb...  
Märkel...  
-Str. 33, 1...  
Reall. bistr...  
elten...  
von ein...  
Ausfüh...  
Auer...  
fabrik...  
Wettin...  
ich auf...  
Bellede...  
3, 8.50 M...  
5.50...  
8.50...  
4.00...  
Rachnab...  
anufahrt...  
Mitten...  
Schiff...  
erdiene...  
noch h...  
pelt W...  
stmann...  
Leid...  
sich am...  
Vorn...  
Aue...  
Gern...  
Mittag...  
orkand...  
ner...  
hierzu...  
ill...  
M...  
en...  
lle...  
ucht...  
le...  
e an...  
8.